

1 UNSER DEUTSCHLAND-PLAN: 2 NEUSTART FÜR MEHR FREIHEIT 3 UND VERANTWORTUNG

4 ENTWURF DES LEITANTRAG DES MIT-BUNDESVORSTANDS FÜR DEN
5 BUNDESMITTELSTANDSTAG AM 10./11. DEZEMBER 2021

6
7 Die Corona-Pandemie deckt schonungslos auf, was wir als MIT seit vielen Jahren beklagen:
8 Deutschland ist satt und behäbig. Wir ruhen uns auf alten Erfolgen aus, zehren von der
9 Substanz. Statt uns zu reformieren, haben wir es uns in der Komfortzone eingerichtet. Das
10 Versagen bei der Impfstoff-, Masken- und Testbeschaffung sollte dem letzten Verteidiger
11 bundesdeutscher Verwaltungsprozesse die Augen geöffnet haben: Deutschland braucht
12 einen Neuanfang.

13
14 Für diesen Neuanfang brauchen wir kreative und leistungswillige Köpfe und den Mut zur
15 Verantwortung. Neue Leitprinzipien brauchen wir dafür ausdrücklich nicht. Die Prinzipien
16 der Sozialen Marktwirtschaft sind weiterhin gültig: ein offener Leistungswettbewerb, die
17 konsequente Koppelung von Freiheit des Einzelnen mit der Haftung für die damit
18 verbundenen Risiken, ein schlanker und starker Staat, eine menschenwürdige Ordnung als
19 Erfolgsrezept für Wohlstand für alle.

20
21 In diesem Geist der Freiheit und Eigenverantwortung können wir gestärkt aus der Corona-
22 Krise herauswachsen, indem wir Freiraum schaffen für Innovationen und Zukunft. In
23 diesem Geist der Freiheit und Eigenverantwortung können wir Staatsfinanzen und soziale
24 Sicherungssysteme tragfähig aufstellen. In diesem Geist der Freiheit und
25 Eigenverantwortung können wir als Union unser Profil schärfen.

26
27 Wir haben im Folgenden unsere Vorschläge für einen Neustart mit unserem
28 Deutschlandplan zusammengetragen. Ohne Denkverbote. Ohne Scheuklappen.

29 🌟 **1. Amtszeitbegrenzung**

- 30
- 31 ● Wir müssen die Kanzlerschaft auf zwei Legislaturperioden begrenzen. So werden
32 Parteien gezwungen, sich permanent zu erneuern. Auch Spitzenämter in der Union
und Ministerposten sollten zeitlich begrenzt werden.

33 🌟 **2. Große Staatsreform**

- 34
- 35 ● Wir müssen Strukturen und Hierarchien schonungslos infrage stellen, um Abläufe
36 zu optimieren. Das föderale Zuständigkeitswarr muss beendet und
37 Verantwortlichkeiten müssen klar verteilt und zugeordnet werden. Das gilt auch für
38 die Finanzverfassung: Wer bestellt bezahlt. Es muss auch einen für alle erkennbaren
Wettbewerb über Steuerhöhen und effiziente Mittelverwendung zwischen Ländern

39 und Kommunen geben. Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss reformiert
40 werden.

41 **3. Weniger Verbeamtungen**

42 ● Ab sofort dürfen Verbeamtungen nur noch erfolgen, wenn für jede Neueinstellung
43 einer versicherungsmathematisch korrekte und für den Zugriff geschützte
44 Rückstellung gebildet wird. Verbeamtungen sollen mittelfristig nur noch im
45 Kernbereich der sicherheitsrelevanten Staatstätigkeit vorgenommen werden: bei
46 Polizei und Sicherheitsbehörden, in der Justiz sowie bei der Bundeswehr, nicht mehr
47 in den Ministerien und Verwaltungen. Dort sollten Stellen einer regelmäßigen
48 Aufgabenkritik unterworfen werden.

49 **4. EU auf Kernaufgaben konzentrieren**

50 ● Die EU sollte alle Aufgaben auf untere Ebenen verlagern, die dort besser
51 aufgehoben sind. Eine Vergemeinschaftung von Staatsschulden und eine
52 Zusammenlegung sozialer Sicherungssysteme lehnen wir entschieden ab. Ein
53 Insolvenzverfahren für Staaten ist überfällig.

54 **5. Staat als Regelsetzer, nicht als Mitspieler**

55 ● Der Staat ist ein miserabler Unternehmer. Wir brauchen einen Exit-Plan für
56 Staatsbeteiligungen. Also: möglichst schnell raus aus Lufthansa, Commerzbank und
57 Co.!

58 **6. Entfesselungs- und Entlastungspaket durchsetzen**

59 ● Wir wollen eine wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeit, eine mutige
60 Gründerschutzzone mit minimaler Bürokratie, eine Einkommensteuerreform als
61 „Mittelstandsbauchweg-Diät“, die endgültige Beendigung des
62 Solidaritätszuschlages, eine mutige Unternehmenssteuerreform für einen
63 international wettbewerbsfähigen Mittelstand und einen attraktiven
64 Investitionsstandort. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen durch eine
65 frühzeitige Beteiligung unmittelbar betroffener Bürger und Verbände effizienter
66 und durch die Einschränkung späterer Einspruchsmöglichkeiten verschlankt und
67 beschleunigt werden.

68 **7. Klimaschutz richtig machen**

69 ● Klimaschutz erreichen wir nicht durch Planwirtschaft, Dirigismus und Verbote,
70 sondern mit CO₂-Preisen und echtem Wettbewerb. Jede Klimaschutzmaßnahme
71 muss dem gleichen visionären Ziel dienen: ein globaler Emissionshandel über alle
72 Sektoren hinweg.

73 **8. EEG-Umlage abschaffen**

74 ● Die EEG-Umlage steht der Energiewende und effizientem Klimaschutz immer mehr
75 im Weg. Die hohen Strompreise hemmen innovative Technologien, belasten die

76 Verbraucher und treiben Industrien ins Ausland. Die EEG-Umlage gehört vollständig
77 abgeschafft.

78 **9. Verwaltung einheitlich digitalisieren**

79 • Wir müssen die zersplitterte IT-Zuständigkeit unterschiedlichster Ministerien und
80 Behörden bei Bund, Länder und Gemeinden in einer zentralen Digitalagentur
81 zusammenfassen. Diese muss als privatrechtliche Gesellschaft mit ausreichend
82 Finanzmitteln die gesamte Verwaltung auf allen Ebenen zügig digitalisieren. In der
83 Bundesregierung muss ein Digitalministerium die Kompetenzen in Sachen
84 Digitalisierung aus den anderen Ressorts übernehmen und durch ein
85 Mitspracherecht alle Gesetzgebungsinitiativen der Bundesregierung auf optimale
86 Digitalisierung trimmen.

87 **10. Sozialabgaben deckeln:**

88 • Wir müssen die Expansion einer Sozialpolitik stoppen, die die Menschen in immer
89 größere Abhängigkeit führt. Die Bürger brauchen mehr Freiraum für Eigenvorsorge
90 und Vermögensbildung. Die Obergrenze von 40 Prozent Lohnzusatzkosten muss
91 dauerhaft halten.

92 **11. Zurück zur Schwarzen Null**

93 • Wir müssen die Politik vor sich selbst und den Ausgabewünschen der
94 Interessensgruppen schützen. Das sind wir unseren Kindern und Enkeln schuldig.
95 Die nächste Bundesregierung muss schnell zur finanzpolitischen Solidität und zu
96 ausgeglichenen Haushalten zurückfinden.

97 **12. Vorschulpflicht einführen**

98 • Die Sprachkenntnisse von Kindern sind spätestens ab dem dritten Lebensjahr
99 kontinuierlich und bundesweit einheitlich zu überprüfen. Für Kinder, die auch ein
100 Jahr vor der Einschulung kaum Deutsch sprechen, braucht es eine Vorschulpflicht.
101

102 Wir fordern von den Vorsitzenden von CDU und CSU einen übergeordneten Zukunftsrat
103 einzurichten. Dieser Zukunftsrat muss fernab von Parteizwängen ein Zukunftskonzept auf
104 Basis der Sozialen Marktwirtschaft entwickeln. In den Zukunftsrat gehören 15 Politiker und
105 15 Experten aus allen wichtigen Bereichen. Am Ende muss ein Deutschland-Plan für einen
106 Neustart vorliegen, der den Geist der Freiheit und Eigenverantwortung atmet.
107 Gemeinsame Aufgabe aller in CDU und CSU muss es dann sein, die Reformen anzupacken
108 und umzusetzen.